

Willkommen braucht mehr

Solidarität und Hilfsbereitschaft vieler BürgerInnen, darunter auch zahlreicher GewerkschafterInnen, machen die Willkommenskultur gegenüber Flüchtlingen aus. Viel gerühmt wird sie auch von der Politik. Aus Sicht des DGB reicht das nicht. Die Willkommenskultur braucht ganz konkrete Unterstützung durch gesetzliche Rahmenbedingungen und mehr finanzielle Ressourcen.

Flüchtlingspolitik. Umfangreiche Verschärfungen im Asylrecht hat der Bundestag am 15. Oktober verabschiedet – ungeachtet der scharfen Kritik von Opposition, Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften (*einblick* 17/15). Das Gesetzspaket geht in die falsche Richtung, kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. „Soziale Leistungen werden eingeschränkt, Abschiebungen erleichtert und die Liste sicherer Herkunftsländer erweitert.“ So werde Integration behindert statt gefördert, kritisiert sie. Die Politik dürfe das Klima des Willkommens in Deutschland nicht kaputtreden, warnt der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Die positive Grundstimmung brauche praktische Unterfütterung. Da stehe die Politik in der Verantwortung: „Sie muss mehr tun – in Form effizienter Strukturen, mehr Geld oder mehr Personal“, so Hoffmann.

Für eine erfolgreiche Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft ist für die Gewerkschaften zentral, dass Flüchtlinge nicht zu Beschäftigten zweiter Klasse werden. „Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer hat das Recht auf Gute Arbeit, mit gleichen Löhnen für gleiche Arbeit. Abstriche sind mit den Gewerkschaften nicht zu machen –

egal ob beim Mindestlohn, bei Praktika oder der Qualifizierung“, betont Annelie Buntenbach. Wichtig seien schneller Spracherwerb, die zügige Anerkennung erworbener Kompetenzen und ein unkomplizierter Zugang zu Beschäftigung.

Aber schon bei den Angeboten zum Spracherwerb hapert es: Die Bundesagentur für Arbeit biete nun auf 2015 begrenzt Sprachkurse an, weil der Bund immer noch zu wenig Mittel einsetzt, so Buntenbach. Nach wie vor fehle es auch an Mitteln für Aus- und Weiterbildung – für Langzeitarbeitslose ebenso wie für Flüchtlinge. Es genüge auch nicht, die Assistierte Ausbildung für Flüchtlinge zu öffnen, diese Maßnahmen aber nicht zu finanzieren.

Insgesamt wird aus Sicht der Gewerkschaften Flüchtlingen der Zugang zu Arbeit und Ausbildung unnötig erschwert. So müssten Flüchtlinge auf die Beschäftigungserlaubnis durch die Ausländerbehörde oft viel zu lange warten. Und seit langem fordern Wirtschaft, Kirche und Gewerkschaften einen sicheren Aufenthaltsstatus auch für geduldete Flüchtlinge für drei Jahre Ausbildung und weitere zwei Jahre für den Berufseinstieg – nur so lohnen sich die Anstrengungen. ●

! www.einblick.dgb.de/hintergrund

● INHALT

- 3 Das Abkommen TiSA**
Das TTIP-Hintertürchen
- 5 Kongress in Paris**
EGB stellt sich neu auf
- 7 IG Metall-Kongress**
Detlef Wetzel im Interview

Ein Riesenerfolg

Protest gegen TTIP und CETA. Rund 250 000 Menschen gingen am 10. Oktober in Berlin auf die Straße, um einen fairen Welthandel zu fordern. „Heute ist ein großer Tag für die Demokratie“, erklärten die Organisatoren. Von der Demonstration gehe eine klare Botschaft aus: Die Verhandlungen zu TTIP auf der Grundlage des bisherigen Mandats müssten gestoppt, der vorliegende CETA-Vertrag dürfe so nicht ratifiziert werden. Bereits im Vorfeld zeigte das breite Bündnis Wirkung. Mit ganzseitigen Zeitungsanzeigen. Großplakaten und Aktionen warben Wirtschaftsminister, BDI und die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ am Tag der Demo für die Abkommen. Mehr: Seite 2/3. ●



Foto: DGB/Simone M. Neumann

Ein breites Bündnis aus mehr als 170 Organisationen aus vielen gesellschaftlichen Bereichen – darunter Gewerkschaften, Umwelt-, Verbraucher- und Sozialverbände – hatte zur Demo aufgerufen.

● PLUS/MINUS

+ Beate Walter-Rosenheimer, Bundestagsabgeordnete der Grünen, versteht die Bundesbildungsministerin nicht, wenn sie allen Ernstes glaube, fehlende Investitionen in Milliardenhöhe für die Bildung der Flüchtlinge „mit einem 130-Millionen-Euro-Programm wettmachen zu können“.

– „Flexible Arbeitsmarktinstrumente“ und damit auch Werkverträge seien für die „Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft unverzichtbar“, kritisierte Wolfgang Steiger, Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrates, die Aktionstage der IG Metall gegen Werkverträge.

● IM NETZ

www.dgb.de/-/OXa
www.ttip-demo.de
Videos, Bilder und weitere Infos zur TTIP-Demo

Der Streit ums Erbe

Gesetzentwurf. „Die Superreichen nicht erbschaftssteuerfrei stellen“, so lautet der Titel eines Appells, der die Bundesregierung auffordert, die reichsten Erben nicht länger überproportional zu begünstigen. Die 50 ErstunterzeichnerInnen des Appells, GewerkschafterInnen sowie VertreterInnen aus Verbänden, Wissenschaft und Politik, fordern eine grundlegende Überarbeitung des vorliegenden Gesetzentwurfs zur Reform der Erbschaftssteuer. Eigentlich sollte er die ungleiche Behandlung der Erben verhindern. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hatte Ende 2014 die Vorgaben für die Reform geliefert. Doch der Reformentwurf der großen Koalition ist für den DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann „keineswegs ausreichend“. Adolf Bauer, Präsident des Sozialverbandes Deutschland, nennt ihn „halbherzig“, und der Berliner Wirtschaftswissenschaftler Professor Achim Truger hält ihn für „ungerecht“.

Es geht „um Steuergerechtigkeit und sehr viel Geld“, sagt Truger. Nach Berechnungen von Wirt-

schaftsinstituten verzichtete der Bund im vergangenen Jahr auf 15 Milliarden Euro – durch seine großzügige Gestaltung des Erbrechts. Nach dem neuen Entwurf rechnet die Bundesregierung mittelfristig mit 200 Millionen Euro Mehreinnahmen jährlich. Die Wirtschaft selbst lehnt den Entwurf ab. Die Verbände erwarten Änderungen zu ihren Gunsten. Ihr Hauptargument sind die Arbeitsplätze, die es zu erhalten gelte. Ein Argument, das der DGB nicht teilt.

In seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf stellt der DGB fest: Alle Untersuchungen zeigten, dass kein einziger Fall bekannt sei, indem ein Unternehmen tatsächlich oder auch nur fast durch eine zu hohe Erbschaftssteuer gescheitert sei. Die Kritiker gehen davon aus, dass die jetzt vorgelegte Reform ebenso verfassungswidrig wie das vom BVerfG beanstandete Gesetz ist. ●

Die DGB-Stellungnahme: | www.dgb.de/-/0i4

Online unterzeichnen: | www.bit.ly/Appell_Unterzeichnen

Betriebsräte stärken

Unterstützung. Betriebsratswahlen vereinfachen und Betriebsräte besser schützen, das wollen die Linken und die Grünen. Die beiden Oppositionsfraktionen haben Anträge in den Bundestag eingebracht, die die betriebliche Mitbestimmung stärken sollen. Der DGB unterstützt in seiner Stellungnahme die Vorschläge beider Fraktionen. Verbesserungen bei der Freistellung und im Kündigungsschutz, ein vereinfachtes Wahlrecht für Betriebe bis 100 Beschäftigte oder auch erleichterte Regelungen, um externen Sachverstand einzuholen, sind für den DGB wichtige Punkte, die umgesetzt werden sollten.

Während die Arbeitsrechtsexperten in der Anhörung den Vorschlägen ebenfalls weitgehend zustimmten, gab es von Arbeitgeberseite ausschließlich Ablehnung. „Keinen Bedarf“ für Änderungen sieht der Zentralverband des Deutschen Handwerks, die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände hält die Vorschläge für „gänzlich ungeeignet“, und für Gesamtmetall sind sie „praxisuntauglich“. Der Chemie-Arbeitgeber fürchten gar, dass die „Attraktivität des Betriebsratsamtes künstlich erhöht“ werden solle. ●

| www.einblick.dgb.de/hintergrund

Fairness braucht Kontrolle

Die G7-Staaten wollen künftig faire Produktion mehr unterstützen. Die Arbeits- und EntwicklungsministerInnen erklärten gemeinsam auf ihrem Berliner Treffen Mitte Oktober, dass sie Arbeitsschutz und Sozialstandards in der weltweiten Warenproduktion verbindlich durchsetzen wollen. Schwerpunkt ist der „Vision Zero Fund“, für den Geld eingesammelt wird, um präventive Maßnahmen zu finanzieren.

Der DGB hat sich von Anfang an für das Projekt „Action for Fair Production“ eingesetzt. Eine solche Initiative brauche allerdings nicht nur starke Gewerkschaften, betonte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack auf dem Ministertreffen. Es komme vor allem darauf an, dass der Schutz für ArbeitnehmerInnen „nicht beliebig und rein freiwillig“ bleibe. Nötig wären auch wirksame und akzeptierte Überprüfungen. | www.dgb.de/-/Oha

● TELEGRAMM

Die Steuerflucht international agierender Konzerne wollen die G20-Staaten verhindern. Gemeinsam mit der OECD wurde ein Konzept erarbeitet, das verhindern soll, dass Gewinne in Steueroasen verlagert werden. Die OECD schätzt, dass den Ländern jährlich 100 bis 240 Millionen Dollar Steuereinnahmen entgehen.

Für Staatsinsolvenzen fordert die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung einen „fairen Mechanismus“, der verhindert, dass „Geierfonds“ mit Schuldenkrisen Gewinne machen. Notwendig wäre ein „multilateraler gesetzlich bindender Vertrag“.

● IM BLICKPUNKT

Einen gerechten Welthandel, mehr Transparenz in den Verhandlungen über TTIP und CETA und den Verzicht auf Sonderklagerechte für Investoren hat der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann bei der Demo am 10. Oktober in Berlin gefordert. „Fairer Welthandel funktioniert nicht ohne starke Arbeitnehmerrechte“, erklärte er. Darin sei er sich einig mit den kanadischen und den US-amerikanischen Gewerkschaften. Richard Trumka, Präsident des US-Gewerkschaftsbundes AFL-CIO hatte anlässlich der Demo erklärt: „Wir werden nicht zulassen, dass multinationale Firmen Rechte und Standards untergraben, für die wir hart gekämpft haben.“ TTIP werde entweder ein Abkommen für alle BürgerInnen, oder „wir werden verhindern, dass es überhaupt ein Abkommen gibt“, so Trumka. Das sehen die im EGB organisierten Gewerkschaften, die rund 60 Millionen ArbeitnehmerInnen in Europa vertreten, genauso. Zwar hat die EU-Kommission aufgrund der breiten Proteste unter anderem Veränderungsbereitschaft bei den Investoren-Schiedsgerichten signalisiert. Doch das reiche nicht, so Hoffmann. Notwendig seien „wirksame Klagerechte für Arbeitnehmer und Gewerkschaften, wenn soziale Grundrechte missachtet werden“. Er kündigte an: „Wenn es notwendig ist, machen wir uns auch auf den Weg nach Brüssel“, um den Forderungen an die EU Nachdruck zu verleihen.



Das TTIP-Hintertürchen

Kritiker nennen es den „böseren Bruder“ von TTIP. Seit drei Jahren verhandeln die EU, die USA und weitere 21 Staaten im Geheimen über das Abkommen TISA (Trade in Services Agreement – Handel mit Dienstleistungen). Die Auswirkungen auf den Dienstleistungsbereich könnten verheerend sein. Der DGB fordert, die Verhandlungen auszusetzen.

Dienstleistungen. Die Dimensionen sind gewaltig – der Handel mit Dienstleistungen, der mit TISA geregelt werden soll, macht rund 70 Prozent des Welthandels aus. „TISA krankt an den gleichen Problemen wie TTIP“, kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell das Abkommen, das Branchen wie Verkehr, Finanzen, Bildung oder Gesundheit betrifft. Die bislang bekannten Inhalte basieren auf wenigen veröffentlichten Passagen. Doch schon sie zeigen, so Körzell, dass hier „ein Scheunentor für mehr und einseitige Liberalisierung zugunsten von Wirtschaftsinteressen geöffnet wird“. Wenn der Protest bei TTIP und CETA zu tatsächlichen Verbesserungen führe, könnten viele Regeln mit TISA durch die Hintertür wieder umgangen werden, befürchten die Gewerkschaften.

Der DGB hat seine Kritik in einer detaillierten Stellungnahme begründet. Vor allem erwarten die Gewerkschaften mehr Transparenz. Alle Dokumente müssten den nationalen Parlamenten, dem EU-Parlament und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Öffentliche Dienstleistungen dürften „keinesfalls einem Privatisierungs- und Deregulierungsdruck ausgesetzt werden“. Eine Öffnung für ausländische Anbieter „auf Kosten hoher Arbeitnehmer-, Umwelt- und Verbraucherstandards“ müsse verhindert werden, und die Finanzmärkte dürften nicht weiter dereguliert werden. Zudem darf die grenzüberschreitende Entsendung von Arbeitskräften nicht von einem Handelsabkommen geregelt werden, fordert der DGB. Wenn in dem Abkommen überhaupt Regelungen aufgenommen werden, die entsandte ArbeitnehmerInnen betreffen, erwarten die Gewerkschaften, dass für alle, unabhängig von

ihrem Herkunftsland am gleichen Arbeitsplatz gleiche Rechte und gleiche Löhne gelten.

Das Abkommen soll auch die öffentliche Beschaffung regeln. Bislang ist nicht klar, ob die noch relativ neuen EU-Vergaberichtlinien, die soziale Kriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe aufwerten, nach TISA noch gelten. Es geht um Tariftreue, um die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen sowie um soziale und ökologische Standards. Angesichts der TISA-Vertragspartner sind die Gewerkschaften misstrauisch. In den Ländern, die mit am Verhandlungstisch sitzen, sind Arbeitnehmerrechte sehr unterschiedlich geregelt. Über das Abkommen könnte ein erhöhter Druck entstehen, mit dem Argument vom „konkurrenzfähigen Wettbewerb“ hohe Löhne und gute Arbeitsbedingungen abzubauen. Besonders kritisch sehen die Gewerkschaften das sogenannte „Transparenzkapitel“. Hier geht es nicht darum, die Öffentlichkeit zu informieren. Vielmehr sichert es „interessierten Akteuren“ Zugriff auf geplante Gesetze und Regulierungen. Sie können überprüfen, inwieweit sie betroffen wären. Für den DGB ist das eine Einladung an die Wirtschaftslobbyisten, frühzeitig auf die Gesetzgebung Einfluss zu nehmen, „noch bevor demokratisch gewählte Parlamente sich damit beschäftigen können“. Der DGB schloss sich auf seinem Kongress der DGB-Kritik an (s. Seite 5).

Die fehlende Transparenz war für das uruguayische Parlament Grund, in diesem Jahr aus dem Vertrag auszusteigen. Auch Paraguay ist nicht mehr dabei. Die EU-Kommission begründet ihr Interesse an TISA damit, dass ein „liberalisierter Handel“ für eine Million Arbeitsplätze in der EU wichtig sei. ●

● MEHR ZUM THEMA

Das Abkommen TISA

Verhandelt wird seit dem Sommer 2012. TISA basiert auf dem bereits bestehenden GATS-Abkommen (General Agreement on Trade in Services) der Welthandelsorganisation (World Trade Organization – WTO), das seit 1995 in Kraft ist. Da sich nicht alle 161 WTO-Mitglieder an TISA beteiligen, ist es ein „plurilaterales“ Abkommen. Außer der EU machen derzeit 22 weitere Staaten mit. Dazu gehören beispielsweise USA, Kanada oder auch Korea und Mexiko. Aus Europa sind neben den 28 EU-Ländern noch Island, Liechtenstein, Norwegen, die Schweiz und die Türkei beteiligt.

Anfang 2015 veröffentlichte die EU erstmals den Kerntext, der jedoch keine Informationen über Regelungen enthielt, die zu diesem Zeitpunkt bereits ausgehandelt waren. Die Textentwürfe zu den einzelnen Kapiteln kamen über die Plattform Wikileaks im Juli 2015 an die Öffentlichkeit.

● IM NETZ

www.dgb.de/-D86

Die Stellungnahme des DGB

www.dgb.de/-D8H

Die Resolution des EGB

www.wikileaks.org/tisa/

Die TISA-Texte



Fotos: DGB/Falk (1), Neumann (3), Stenke (2), Wiegmann (1), einblick/Graef (2)

125 000 Euro für Flüchtlingskinder

IG BCE-Spendenaktion. Insgesamt 125 000 Euro hat der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis Anfang Oktober der Kinderhilfsorganisation terre des hommes übergeben. Die Summe ist das Ergebnis einer Spenden-sammlung, die die IG BCE anlässlich ihrer 125-Jahr-Feier Mitte September begonnen hat. „Das ist Ausdruck der nach wie vor enormen Hilfsbereitschaft in unserem Land. Wir wollen kein gesellschaftliches Klima des Misstrauens, sondern Mitmenschlichkeit und Solidarität“, sagte Vassiliadis bei der Scheckübergabe. Terre des hommes will mit dem Geld Hilfsprojekte für Flüchtlingskinder sowohl in Deutschland als auch im Nahen Osten unterstützen. Vassiliadis betonte, dass seine Gewerkschaft insbesondere Flüchtlingskindern helfen wolle. Sie seien die schwächsten Opfer von Krieg und Verfolgung. Die IG BCE sammelt weiter: 10 000 Freundschaftsbänder wurden produziert. Sie können gegen eine Spende erworben werden.

Gewerkschaftliche Willkommenskultur findet aber vor allem an der Basis statt. Petra Reinhold-Knape, im IG BCE-Vorstand zuständig für den Bereich Migration/

Integration: „Unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort engagieren sich in der Flüchtlingsunterstützung.“ Benötigt würden praktische Hilfe und „ein langer Atem“. Ein erstes Beispiel dafür: Um mit den Geflohenen ins Gespräch zu kommen, organisierte der Arbeitskreis Migration des Bezirks Alsdorf bei Aachen ein Willkommensfest. „Wir haben nicht lange gezögert“, sagt Alfred Bergstein vom Bezirk und bekräftigt, „wir müssen etwas tun.“ Für die gut 150 geladenen Gäste ist für zunächst einen Sonntagnachmittag die Infrastruktur inklusive Dolmetscher, Essen und Trinken sowie Kinderbetreuung bereitgestellt worden. Über weitere mögliche Unterstützung wird nach dem ersten Treffen beraten. ●

! www.bit.ly/IGBCE_Flüchtlinge



Der Verkauf der Freundschaftsbänder mit dem Logo der IG BCE und dem Aufdruck „Flüchtlinge Willkommen“ soll weitere Spenden einbringen.

Foto: IG BCE

Tarifrunde 2016

WSI-Tarifarchiv. Die Tarifrunde 2016 beginnt in Kürze. Von Ende 2015 bis Ende 2016 laufen die Einkommenstarifverträge für knapp 12 Millionen Beschäftigte aus, bei der Telekom und im Öffentlichen Dienst (Bund, Gemeinden) gleich zu Beginn des Jahres. Einen ausführlichen Überblick hat das WSI-Tarifarchiv zusammengestellt. ●

! www.bit.ly/Tarifrunde_2016

Die letzte Flucht

Film-Premiere. Im Krimi „Die letzte Flucht“ des mehrfach preisgekrönten Krimi-Autors Wolfgang Schorlau geht es um eine angebliche Vergewaltigung, um eine mysteriöse Entführung und um die Machenschaften der Pharma-Industrie. Jetzt wurde das Buch des Stuttgarter Autors verfilmt. Spielort ist über weite Strecken Berlin, genauer das Krankenhaus Charité. Schorlaus Recherchen führten ihn auch in den Bereich Gesundheitspolitik der ver.di-Bundesverwaltung, wo er zahlreiche Hinweise erhielt. Für ver.di ist das Grund genug für eine Film-Premiere im eigenen Haus: Am 2. November, 18 Uhr, wird der Polit-Krimi in Anwesenheit des Autors in der ver.di-Zentrale am Paula-Thiede-Ufer 10 (Saal AIDA) uraufgeführt. Der Eintritt ist frei. ●

! Anmeldung: nadine.garcon@verdi.de

— ● IN EIGENER SACHE —

Zeitlos war die letzte Ausgabe des einblick: Auf der Titelseite fehlte die übliche Angabe der Ausgabe und des Erscheinungstermins. Der Zeit hinterher hinkten zumindest in einem Fall die in der Rubrik „Personalien“ auf der Seite 8 veröffentlichten Ergebnisse der ver.di-Vorstandswahlen. Getroffen hat es den stellvertretenden Vorsitzenden Frank Werneke. **Tatsächlich wurde er mit 92,7 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt.** Die im einblick veröffentlichten 85,3 Prozent gab es vier Jahre zuvor. Dafür entschuldigen wir uns.

— ● BUCHTIPP —



Heike Holdinghausen: Dreimal anziehen, weg damit – Was ist der wirkliche Preis für T-Shirts, Jeans und Co?, Westend, 223 Seiten, 16,99 Euro

Obwohl die Kleiderschränke hierzulande mit Billig-Jeans und T-Shirts prall gefüllt sind, wechseln die Modeketten im Monatsrhythmus ihre Kollektionen, per Mausclick lässt sich alles nach Hause ordern. Wer aber zahlt den Preis? Nur zaghaft bildet sich ein Bewusstsein dafür, dass der Kleiderberg einen Preis hat, den nicht die Kunden in den reichen Industrieländern zahlen, sondern die ArbeiterInnen und die Umwelt in den Entwicklungsländern. Heike Holdinghausen fordert mehr Übersicht im Labelschunzel und strengere Gesetze für die Modekonzerne.

— ● INTERREGIO —

„Der **bayerische Arbeitsmarkt** ist aufnahmefähig wie nie. Darum müssen jetzt die richtigen Weichen gestellt werden, um auch in den nächsten Jahren eine positive Arbeitsmarktentwicklung in Bayern zu haben. Das gilt erst

recht ob des derzeitigen Zuzugs von Flüchtlingen“, kommentierte Matthias Jena, Vorsitzender des **DGB Bayern** die Arbeitsmarktzahlen vom Oktober. Die Standards bei Löhnen und im Arbeitsrecht dürften auf garkeinen Fall aufgeweicht werden.

In Sachsen hat mindestens jeder zweite Beschäftigte durch den **Mindestlohn** mehr Geld. Markus Schlimbach, stellvertretender Vorsitzender des **DGB Sachsen**, und Volkmar Heinrich, Geschäftsführer der **NGG Dresden/Chemnitz**, registrieren aber bei nicht tarifgebundenen Hotel- und Gaststättenbetrieben auch vermehrt Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz. „Wer nicht aufzeichnet, kann auch leichter bei den Lohnabrechnungen seiner Mitarbeiter tricksen“, so Heinrich.



AUFKLEBER-AKTION
Gewerkschaft macht glücklich:
Dieses fröhliche Statement gibt es auf Bögen mit je sechs

Aufklebern (Durchmesser 9 cm) und kostet drei Euro plus Versandkosten. Bestellungen unter:
! www.bit.ly/aufkleber_glueck

Der EGB stellt sich neu auf

Gegen Sozialdumping und Einschränkungen der Koalitionsfreiheit, für ein Investitionsprogramm und nachhaltiges Wachstum: Mit einem anspruchsvollen Aktionsprogramm und einer neuen Führung starten die im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) zusammengeschlossenen Gewerkschaften durch.

Europäische Gewerkschaften. Solidarität statt Ausgrenzung, Investitionen statt Austeritätspolitik – auf ihrem Pariser Kongress waren sich die europäischen Gewerkschaften einig: Europa braucht einen Kurswechsel, um die Krise zu überwinden. Nur gemeinsam ließen sich Angriffe auf Gewerkschaftsrechte und Sozialstandards abwehren, erklärte der neu gewählte EGB-Präsident, der Belgier Rudy de Leeuw am Ende des Kongresses. Solidarität vor allem mit den Gewerkschaften in den Ländern, denen die Troika ein rigides Sparprogramm und den Abbau von Sozial- und Gewerkschaftsrechten auferlegt hat, forderte der neue EGB-Generalsekretär Luca Visentini ein.

Ein umfangreiches Arbeitsprogramm hatten die rund 600 Delegierten vom 29. September bis zum 2. Oktober in Paris zu bewältigen. Unter dem Motto „A fair society, quality jobs and workers' rights“ (eine gerechte Gesellschaft, gute Arbeitsplätze und Arbeitnehmerrechte) beschlossen sie das Aktionsprogramm des EGB für die nächsten vier Jahre. Im ebenfalls verabschiedeten „Pariser Manifest“ sprechen sich die Delegierten gegen Sozialdumping in Europa und für nachhaltiges Wachstum, hohe Sozialstandards und Vollbeschäftigung aus. Gleichzeitig verurteilen sie Versuche, Streikrecht und Koalitionsfreiheit einzuschränken, wie es aktuell zum Beispiel die konservativen Regierungen in Finnland und Großbritannien betreiben. Besonders in der Kritik stand auf dem Kongress das rigide Spardiktat in Europa, das die wirtschaftliche Krise in den letzten Jahren in vielen Ländern Europas noch verschlimmert hat. Der Kongress fordert stattdessen einen auf zehn Jahre angelegten Investitionsplan in Höhe von zwei Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts, „um hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, nachhaltige Energiesysteme zu entwickeln und soziale, wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen zu meistern“. Ziel müsse sein, öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Forschung, Bildung und soziale Dienstleistungen zu finanzieren.

In Dringlichkeitsresolutionen erklärten die Delegierten ihre Solidarität mit den griechischen ArbeitnehmerInnen gegen die Sparpolitik und sagten den in der Türkei verfolgten Journalisten Unterstützung im Kampf gegen Zensur und Repression zu. Vom DGB eingebracht, verabschiedete der Kongress eine Resolution

zum internationalen Dienstleistungsabkommen TISA (s. Seite 3). Der EGB teilt die Befürchtungen des DGB. Gefordert wird in der Resolution „höchstmögliche“ Transparenz der Verhandlungen. Nationale Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherstandards zu senken, lehnen die europäischen Gewerkschaften ebenso ab wie eine weitere Liberalisierung der Finanzmärkte. Auch beim



Die neue EGB-Führung (von links nach rechts): die EGB-Sekretäre Thiébaud Weber, Montserrat Mir Roca, Liina Carr, die stellvertretende Generalsekretärin Veronica Anna-Maria Nilsson, der neue Generalsekretär Luca Visentini, EGB-Präsident Rudy de Leeuw, EGB-Sekretärin Esther Lynch sowie der stellvertretende Generalsekretär Peter Scherrer. Mehr zum neuen Führungsteam auf Seite 8.

Datenschutz sind sich die europäischen GewerkschafterInnen einig: Datenschutzstandards „dürfen nicht beeinträchtigt werden“.

Mit großer Mehrheit wurde eine Resolution des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) angenommen, die ein Ende des Steuerdumpings und einen Mindestsatz von 25 Prozent bei den Unternehmenssteuern in der EU fordert. Breiten Raum nahm während des Kongresses die Debatte über die Flüchtlingskrise ein. „Europa ist keine Festung, und mit Stacheldraht und neuen Mauern werden keine Probleme gelöst“, betonte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann in der Debatte. Einstimmig beschlossen die Delegierten eine Resolution, die eine „proaktive europäische Asylpolitik“ und die Einhaltung international vereinbarter Schutzstandards fordert (einblick 17/15).

Jünger und weiblicher wird sich der EGB, die Stimme von über 60 Millionen ArbeitnehmerInnen in Europa, zudem in Zukunft präsentieren. Dafür steht nicht nur das neu gewählte Generalsekretariat. Die Delegierten des EGB-Kongresses in Paris beschlossen neben einer Resolution, die ein ausgewogeneres Geschlechterverhältnis in den EGB-Strukturen garantieren soll, auch Satzungsänderungen, die sicherstellen, dass die Jugend in allen EGB-Gremien und auf Kongressen besser repräsentiert ist als bisher. ●

Die Stimme der Zivilgesellschaft

EWSA. Neu konstituiert hat sich Anfang Oktober auch der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA). Präsident für die nächsten fünf Jahre ist der Grieche Georges Dassis. Seit seiner Jugend engagiert er sich in den Gewerkschaften – in Griechenland und in seiner zweiten Heimat Belgien. Seit 1981 ist er in unterschiedlichen Funktionen auch in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Der EWSA ist eine EU-Institution, die die Interessen der „organisierten Bürgergesellschaft“ vertreten soll. Drei Gruppen gehören ihm an – die Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften und weitere Interessengruppen der Zivilgesellschaft. 24 der insgesamt 353 Mitglieder stellt Deutschland, acht davon die Gewerkschaften.

Der EWSA berät die zentralen EU-Organe, Rat, Kommission und Parlament, er trifft keine eigenen Entscheidungen. Ein „zahnloser Tiger“ ist er dennoch nicht. Mit gemeinsamen Stellungnahmen kann er die EU-Politik beeinflussen – so geschehen etwa beim EU-Programm REFIT. Der EWSA muss zwingend vor Maßnahmen angehört werden, die etwa die Freizügigkeit der ArbeitnehmerInnen oder die Zusammenarbeit in sozialen Fragen betreffen.

Neue Präsidentin der Arbeitnehmergruppe im EWSA ist nun Gabriele Bischoff vom DGB (einblick 07/15), die dem EWSA seit 2009 angehört. Weitere deutsche Mitglieder in der Arbeitnehmergruppe sind: Christian Bäumler (CDA), Dirk Bergrath (IG Metall), Egbert Biermann (IG BCE), Tanja Buzek (ver.di), Stefan Körzell (DGB), Peter Schmidt (NGG) und Hans-Joachim Wilms (IG BAU). ●

● IM NETZ

www.etuc.org

Alle Infos zum EGB-Kongress

www.bit.ly/eu_ews

Der EWSA online

— ● KURZ & BÜNDIG —



Detlef Wetzel, Erster Vorsitzender der IG Metall, sieht gute Bildung und qualifizierte Arbeit als „die beste Basis für einen innovativen Umgang mit den Chancen der digital vernetzten Produktion“. Die IG Metall setzt sich im Rahmen des Bündnisses „Zukunft der Industrie“ für ein flächendeckendes Angebot von Qualifizierung und Weiterbildung ein.

EVG Der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner hat die Pläne einer drastischen Umstrukturierung bei DB SchenkerRail als „verkehrspolitische Bankrotterklärung“ bezeichnet. „Das, was bei DB SchenkerRail jetzt mit dem Abbau von Arbeitsplätzen und der Schließung von Güterverkehrsstellen offensichtlich diskutiert wird, ist ungeheuerlich und wird auf unseren Widerstand stoßen“, so Kirchner.



Die GdP warnt vor den Folgen wachsender organisierter Kriminalität. Der stellvertretende GdP-Vorsitzende Dietmar Schilff erklärt: „Die Polizei ist längst nicht mehr auf Augenhöhe mit den Möglichkeiten dieser Straftäter, da die notwendigen personellen, technischen und rechtlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bekämpfung fehlen.“ Ohne technische und rechtliche Möglichkeiten, die Kommunikation der internationalen Banden zu überwachen, „geht gar nichts“.



ver.di begrüßt, dass der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages sich öffentlich mit der dramatischen Personalsituation in Kliniken befassen muss. Mehr als 150 000 Menschen – und damit rund dreimal so viele, wie notwendig – haben eine von ver.di initiierte Petition für eine gesetzliche Personalbemessung in Krankenhäusern unterschrieben.



Die IG BAU fordert, die betriebliche Altersvorsorge zu stärken. Als Blaupause für eine Lösung könne der Tarifvertrag für eine zusätzliche Altersversorgung in der Bauwirtschaft dienen, schlägt der stellvertretende IG BAU-Vorsitzende Dietmar Schäfers vor. Der Tarifvertrag binde alle Betriebe ein, sodass sämtliche Beschäftigte und Auszubildende davon profitieren.

Das Lob zur richtigen Zeit

Friedensnobelpreis. Das tunesische Quartett für den nationalen Dialog hat den Friedensnobelpreis erhalten. Das Bündnis aus dem Gewerkschaftsdachverband UGTT, dem Arbeitgeberverband UTICA, der Menschenrechtsliga LTDH und der Anwaltskammer war nach Ansicht des Nobelpreiskomitees ein „entscheidender Faktor“ dafür, dass die Revolution in Tunesien „ihren Höhepunkt in friedlichen, demokratischen Wahlen im vergangenen Herbst fand“. Der Preis, so das Komitee, sei „als Ermutigung für das tunesische Volk gedacht“.

Gegründet hatte sich das Quartett im Jahr 2013, zwei Jahre nach dem Beginn der Jasminrevolution gegen den Diktator Zine-el-Abidine Ben Ali. Die islamistische Partei Ennahda regierte, und das Land stand vor einem Bürgerkrieg. Dem Quartett mit seinen vier einflussreichen Akteuren gelang es, Regierung und Opposition an einen Tisch zu bringen. Die Ennahda zog sich zurück. Eine unabhängige Wahlkommission bereitete anschließend die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vor. Treibende Kraft war die UGTT als



Foto: Sreimie/DGB

Seit Jahrzehnten pflegen der tunesische UGTT und der DGB enge Kontakte. Zuletzt haben sich der Generalsekretär der UGTT Houcine Abassi und der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann im Mai 2015 getroffen.

größte der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Land. UGTT-Generalsekretär Houcine Abassi stellte fest, die Auszeichnung komme „zur richtigen Zeit“.

„Die Entscheidung der Jury freut mich außerordentlich“, kommentierte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann die Nobelpreis-Vergabe. Es sei eine verdiente Auszeichnung „für alle Beteiligten der Dialoggruppe“, eine Anerkennung „für ihren Einsatz für Demokratie und Menschenrechte“.

— ● NACHGEFRAGT —

Die Belastungen für die Beschäftigten in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie steigen. Der NGG-Vize Claus-Harald Güster erläutert, wie Tarifverträge Verbesserungen bringen sollen.



Foto: NGG

Viele Beschäftigte stellen eine deutliche Leistungsverdichtung fest. Schicht- und Nachtarbeit sowie die Sechs- und Sieben-Tage-Woche sind die Regel. Es gibt kaum noch Arbeitsplätze, die es erlauben, gesund alt zu werden. Die NGG fordert die Arbeitgeber zu Verhandlungen über Humanisierungs- und Demografie-Tarifverträge auf, um gesunde und menschengerechte Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Mit einem Generationenvertrag wollen wir vor allem ältere Beschäftigte durch die Verkürzung der Arbeitszeit entlasten. Wir müssen fragen, ob die Nahrungs-

und Genussmittelindustrie im Wettbewerb um den Nachwuchs mithalten kann. Es gilt, junge Menschen für eine Ausbildung zu gewinnen und ihnen eine Perspektive zu bieten.

Nur eine Minderheit aller Betriebe erstellt gegenwärtig ganzheitliche Gefährdungsbeurteilungen, in denen die physischen und psychischen Belastungen systematisch analysiert werden. Mit den Arbeitgeberverbänden wollen wir deshalb konkrete Pläne vereinbaren, um die Ursachen betrieblicher Belastungen zu analysieren und gemeinsam mit den Betriebsräten gegenzusteuern. Mit Tarifverträgen wollen wir mehr Wahlfreiheiten bei der Arbeitszeitgestaltung vereinbaren: mehr Zeit für Familie, für Pflege, für Bildung.

„AusBildung wird was“

Fachkräftewoche. Deutschland braucht Fachkräfte – in der Industrie, im Handwerk und in den Dienstleistungsberufen. Spätestens, wenn die Generation der Babyboomer ab dem Jahr 2025 in Rente geht, steigt der Bedarf an Nachwuchs rapide. Mit bundesweit mehr als 250 Veranstaltungen will die Partnerschaft für Fachkräfte – darunter vier Bundesministerien, DGB, IG Metall, ver.di, IG BCE und Arbeitgeberverbände – in einer

Aktionswoche vom 26. Oktober bis zum 1. November auf das Thema aufmerksam machen.

Eine Möglichkeit, den Bedarf zu decken, ist die flächendeckende Qualifizierung von Menschen ohne Berufsabschluss. Zu dieser Gruppe gehören aktuell rund 1,5 Millionen Personen zwischen 25 und 34 Jahren. Jahrgänge, die gebraucht werden, um das Ausscheiden der Babyboomer abzufedern. Wie es gelingen kann, diese Gruppe einzubinden, wollen DGB,

Bundesagentur für Arbeit und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände im Rahmen der Fachkonferenz „AusBildung wird was“ am 27. Oktober in Berlin analysieren. Es geht um Perspektiven für junge Erwachsene ohne Berufsabschluss.

Auch IG Metall, ver.di und IG BCE beteiligen sich mit Veranstaltungen an der Fachkräftewoche. Infos und Fakten zur Aktionswoche gibt es im Netz.

www.fachkraeftewoche.de

Konfliktfähig und durchsetzungsstark

Detlef Wetzel, Erster Vorsitzender der IG Metall, tritt auf dem IG Metall-Kongress nicht mehr zur Wiederwahl an. Im einblick-Interview zieht er eine erste Bilanz.

Nach acht Jahren an der Spitze der IG Metall, zunächst als Zweiter, dann als Erster Vorsitzender, trittst du nicht mehr zur Wahl an. Welche Bilanz ziehst du?

■ Die Organisation hat sich im letzten Jahrzehnt grundlegend verändert. Wir haben uns vor allem auf drei Ebenen weiter entwickelt. Das ist erstens die Mitgliederorientierung. Wir denken heute unsere Themen viel stärker von den Mitgliedern her: Was erwarten sie von ihrer Gewerkschaft? Das hat auch ein verändertes Selbstverständnis der Hauptamtlichen zur Folge: 70 Prozent Zuhören, 30 Prozent Reden – das macht Mitgliederorientierung aus. Der zweite Strang ist eine beteiligungsorientierte Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit. Beschäftigte müssen die Chance haben, sich einzubringen und an Veränderungen mitzuwirken. Das erfordert eine neue Beteiligungskultur und -struktur. Und die dritte Entwicklungslinie ist eine angemessene Konfliktorientierung, um die Dinge zu erreichen, die den Mitgliedern wichtig sind. All das hat uns vorgebracht. Ich bin mir sicher: Die IG Metall ist konfliktfähig und durchsetzungsstark, wenn wir auf die Mitglieder hören, sie beteiligen und ihre Anliegen mit ihnen zusammen durchsetzen.

Werden die Veränderungsprozesse in der IG Metall auch von den Mitgliedern angenommen?

■ Ja. Ein wichtiger Indikator dafür ist die Mitgliederentwicklung – und die ist auch im vierten Jahr in Folge positiv. Gute Arbeit wird honoriert. 2015 ist zumindest bislang das beste Jahr seit langem, die Mitgliederentwicklung ist gut, und die IG Metall hat Gewicht in der politischen Landschaft. Wir haben gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften einen Beitrag zu Veränderungen in dieser Gesellschaft geleistet, zum Beispiel im Umgang mit prekärer Beschäftigung, aber auch in Hinblick auf die Debatten zur Arbeit der Zukunft. Die Situation der Leiharbeitskräfte haben wir mit einem neuen Tarifvertrag deutlich verbessert.

Reicht das aus? Was erwartet ihr vom Gesetzgeber?

■ Trotz Mindestlohn und der besseren Regulierung von Leiharbeit ist der Arbeitsmarkt nach wie vor in Unordnung. Das nächste wichtige Projekt ist die Regulierung von Werkverträgen. Dabei geht es uns um Werkverträge, die durch Outsourcing entstehen und allein dem Zweck dienen, Tariflöhne zu drücken und die Mitbestimmung zu schwächen. Betriebsräte brauchen Zustimmungsverweigerungsrechte, und die Beweislast beim Nachweis der Legalität von Werkverträgen muss umgekehrt werden.

Du hast vor kurzem eine „Zukunftsreise“ durch Deutschland gemacht, um die Facetten von Arbeit 4.0 zu ergründen, und darüber auch ein Buch geschrieben. Welche Schlüsse ziehst du?

■ Wir erleben gerade einen ungeheuren Transformationsprozess der Arbeitswelt. Bei vielen Themen weiß man noch nicht wirklich, wie sie sich entwickeln werden. Sicher ist aber, dass aus Arbeitnehmersicht einerseits Weiterbildung und Qualifizierung und andererseits die Gestaltung der Arbeitszeit immer wichtiger werden. Beide Themen werden in Zukunft noch stärker als bisher Tarifverhandlungen prägen. Vor allem das Thema Arbeitszeit kann nur beteiligungsorientiert gestaltet werden. Denn Modelle für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf- und Privatleben entwickelt man am besten mit denjenigen, die es betrifft.

Und was ist mit den neuen Formen der digitalen Arbeit, wie etwa Crowdfunding?

■ Wenn wir über Digitalisierung reden, dann reden wir über eine völlige Umwälzung der Arbeitsorganisation mit branchenübergreifender Arbeitsteilung und neuen Tätigkeiten, die gar keiner Branche mehr allein zuzuordnen sind. Als Gewerkschaften müssen wir uns überlegen, welche Organisationsform wir brauchen, damit wir die neuen Strukturen abbilden und ausreichend Gestaltungsmacht entwickeln. Dabei müssen wir künftig stärker entlang der Wertschöpfungsketten denken können.

Wie zukunftsfähig sind die Gewerkschaften?

■ Der Mantel der Geschichte kann auch über Gewerkschaften hinweggehen – wenn wir die Veränderungen nicht sehen. Nicht mehr alle Konzepte passen in die sich rasant verändernde Welt. Auf den Wandel müssen wir genauso schnell reagieren wie die Unternehmen. Ein Beispiel dafür ist unsere Position zur Leiharbeit. Bis 2007 haben wir gefordert, sie zu verbieten, bei real 800 000 vorhandenen Leiharbeitskräften war das nicht durchsetzbar, das war ein Ignorieren der Realität. Wir haben uns um diese Menschen gekümmert, obwohl sie nicht zu den so genannten Kernbelegschaften gehören. Das war auch für viele in der IG Metall zuerst nicht einfach, aber am Ende mit den erzielten tariflichen Regelungen und 80 000 neuen Mitgliedern erfolgreich.

In Kürze endet deine Amtszeit.

Was kommt dann?

■ Ich möchte mich abseits vom operativen Geschäft mit grundlegenden Gewerkschaftsfragen beschäftigen. Es mangelt an strategischer Gewerkschaftsforschung in Deutschland. Da möchte ich mich einbringen. ●



Detlef Wetzel, 63, ist seit November 2013 Erster Vorsitzender der IG Metall. Zuvor war er seit 2007 Zweiter Vorsitzender und von 2004 bis 2007 IG Metall-Bezirksleiter in Nordrhein-Westfalen.

Weichen stellen

Gewerkschaftstag. Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall steht unter dem Motto „Gute Arbeit. Gutes Leben. IG Metall.“ Vom 18. bis 24. Oktober stellen in Frankfurt am Main rund 500 Delegierte die Weichen für die Politik der IG Metall in den nächsten vier Jahren. Das Themenspektrum der 502 Anträge und Entschlüsse ist groß. Es geht um Werkverträge, um Arbeitszeitpolitik, um die Vereinbarkeit von Beruf- und Privatleben, um die Herausforderungen der Digitalisierung der Arbeitswelt, um organisationspolitische Zukunftsfragen. Beteiligungsorientiert hat die IG Metall allen Mitgliedern im Frühjahr ein Debattenpapier vorgelegt, um sie an der Themensetzung des Kongresses zu beteiligen. Dieses Meinungsbild ist in die Entschlüsse und Leitanträge eingeflossen.

Gewählt wird auch ein neuer IG Metall-Vorstand. Der amtierende Vorstand hat dazu im Juli einen Personalvorschlag vorgelegt (einblick 12/2015). Als Nachfolger für das Amt des Ersten Vorsitzenden schlägt der Vorstand den Zweiten Vorsitzenden Jörg Hofmann (59) vor. ●

— ● IM NETZ —

www.igmetall.de

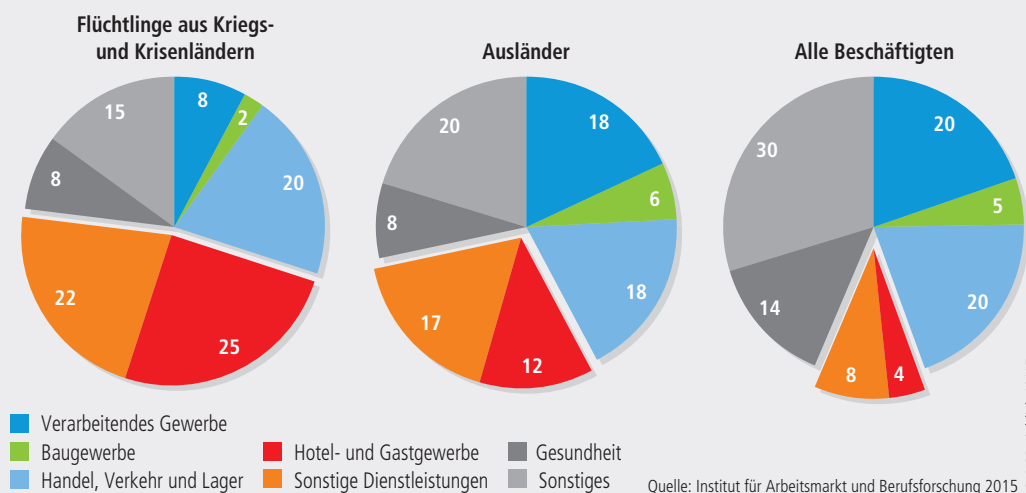
Der Gewerkschaftstag im Livestream

● DIE DGB-GRAFIK

Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigen: Flüchtlinge arbeiten vor allem im Hotel- und Gastgewerbe und in sogenannten sonstigen Dienstleistungen – Wirtschaftszweigen, in denen der Anteil prekärer Beschäftigung hoch ist. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach warnt, dass viele Flüchtlinge trotz guter Qualifikation prekär beschäftigt werden. „Wenn der Mechatroniker erst mal als Packer arbeitet oder die Ärztin als Putzfrau, haben wir alle verloren.“ Notwendig sei, massiv in Aus- und Weiterbildung zu investieren.

Arbeitsmarkt: Viele Flüchtlinge in Gastgewerbe und Dienstleistungen tätig

Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen von Ausländern aus Kriegs- und Krisenländern, Ausländern und allen Beschäftigten (in Prozent)



● DAS STEHT AN

+++ Am 22. Oktober tagt der **Ausschuss für Arbeit, Integration und Sozialpolitik** des Bundesrates. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Vorschläge zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser und europäische Sofortmaßnahmen für Flüchtlinge im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda. www.bundesrat.de

+++ Am 23. 10. laden der DGB Sachsen, die polnische Gewerkschaft Solidarność und die tschechische Gewerkschaftskonföderation CMKOS zur **Trilateralen Konferenz** nach Dresden ein. Gemeinsam mit ExpertInnen analysieren die GewerkschafterInnen, wie faire, grenzüberschreitende Mobilität und gute Arbeit im Dreiländereck Sachsen-Nordböhmen-Niederschlesien gestaltet werden können. www.sachsen.dgb.de/-ID2W

+++ Im Plenarsaal des alten Bundestags-Gebäude in Bonn tagt vom 27. bis zum 29. Oktober der **Deutsche BetriebsräteTag 2015**. ArbeitnehmervertreterInnen aus allen DGB-Gewerkschaften diskutieren unter anderem, wie die Digitalisierung gestaltet werden kann. Das Motto lautet: „Arbeit 4.0 - Betriebsräte gestalten die Zukunft der Arbeit“. Am 29. Oktober wird außerdem der Deutsche Betriebsräte-Preis 2015 verliehen. www.betriebsraetetag.de

+++ Gemeinsam mit vier Bundesministerien und Arbeitgeberverbänden rufen DGB, IG Metall, ver.di und IG BCE zur **Fachkräftewoche** vom 26. Oktober bis zum 1. November auf. Mit bundesweiten Aktionen soll gezeigt werden, wie Fachkräfte gewonnen und qualifiziert werden können (s. Seite 6). www.fachkraeftewoche.de

● SCHLUSSPUNKT

„Auch mancher CSU-Politiker hat ein Frauenbild von gestern.“

Der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner im Interview mit der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 12. Oktober auf die Frage, ob das Frauenbild männlicher Flüchtlinge nicht aus der Steinzeit stamme.

● PERSONALIEN

Rudy de Leeuw, 62, Vorsitzender der belgischen Gewerkschaft ABVV, wurde auf dem EGB-Kongress in Paris zum neuen EGB-Präsidenten gewählt. Er folgt **Ignacio Fernández Toxo**, 62, Generalsekretär der spanischen Gewerkschaft Comisiones Obreras (CCOO), der das Amt seit 2011 innehatte. Neuer Generalsekretär ist der Italiener **Luca Visentini**, 45, der bereits seit 2011 dem EGB-Generalsekretariat angehört. Er folgt der Französin **Bernadette Ségol**, 65. Als Visentinis StellvertreterInnen wurden gewählt: die Schwedin **Veronica**

Anna-Maria Nilsson, 43, die wie Visentini schon bisher dem EGB-Sekretariat angehörte, sowie **Peter Scherrer**, 56, zuvor unter anderem Generalsekretär des Europäischen Metallarbeiterbundes (EMB) und zuletzt beim IG Metall-Vorstand für europäische Industriepolitik zuständig. Neu im EGB-Sekretariat sind außerdem die Estin **Liina Carr**, 46, die Irin **Esther Lynch**, 51, die Spanierin **Montserrat Mir Roca**, 54, sowie der Franzose **Thiébaud Weber**, 32. Ausgeschieden aus dem Sekretariat sind **Józef Niemiec**, 60, von der polnischen

NSZZ Solidarność, der Belgier **Patrick Itschert**, 57, die Britin **Judith Kirton-Darling**, 37, sowie **Claudia Menne**, 53, die zum DGB zurückkehrt.

Ricarda Scholz, 28, und **Mareike Richter**, 29, verstärken seit 1. Oktober die Abteilung Frauen und Gleichstellung beim DGB-Bundesarbeitsrat. Sie vertreten **Jenny Huschke**, 40, die im Mutterschutz ist. Scholz und Richter leiten zudem weiterhin das DGB-Projekt „Was verdient die Frau? Wirtschaftliche Unabhängigkeit!“.

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de
Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn / ASTOV Vertriebsgesellschaft mbH
Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
 HINWEIS: Anzeigeninhalte im einblick geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Privattelefonate

Keine Gewinnspiele auf Firmenkosten

Anrufe bei einer kostenpflichtigen Hotline für das Gewinnspiel eines Radiosenders berechnen den Arbeitgeber zur Kündigung. Das gilt auch dann, wenn der Arbeitgeber private Telefonate generell gestattet hat und die Anrufe in der Pause stattfinden.

**Landesarbeitsgericht Düsseldorf,
Urteil vom 16. September 2015 - 12 Sa 630/15**

Raucherpause

In der Regel ohne Vergütung

Hat der Arbeitgeber während Raucherpausen, für die die ArbeitnehmerInnen ihren Arbeitsplatz jederzeit verlassen durften, das Entgelt weitergezahlt, ohne die genaue Häufigkeit und Dauer der jeweiligen Pausen zu kennen, können die ArbeitnehmerInnen nicht darauf vertrauen, dass der Arbeitgeber diese Praxis weiterführt. Ein Anspruch aus betrieblicher Übung entsteht nicht.

**Landesarbeitsgericht Nürnberg,
Urteil vom 5. August 2015 - 2 Sa 132/15**

Arbeitnehmereigenschaft

Zirkusartist kein Arbeitnehmer

Zur Beantwortung der Frage, ob ein Arbeitsverhältnis vorliegt, müssen alle Umstände des Einzelfalles gewürdigt werden. ArbeitnehmerIn ist, wer aufgrund eines privatrechtlichen Vertrags im Dienste eines anderen zur Leistung weisungsgebundener, fremdbestimmter Arbeit in persönlicher Abhängigkeit verpflichtet ist. Vereinbart eine Artistengruppe mit einem Zirkusunternehmen, im Rahmen einer Zirkusaufführung eine in einem Video dokumentierte Artistennummer darzubieten, liegt in der Regel kein Arbeitsverhältnis vor.

**Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 11. August 2015 - 9 AZR 98/14**

Versicherungsbeiträge

Keine Entlastung für Eltern

Eltern können nicht verlangen, weniger Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung zu zahlen mit der Begründung, sie tragen bereits eine finanzielle Belastung durch die Betreuung und Erziehung der Kinder.

**Bundessozialgericht,
Urteil vom 30. September 2015 - B 12 KR 15/12 R**

Beamtenrecht

Beamte dürfen nicht täuschen

Die Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit ist wegen arglistiger Täuschung zurückzunehmen, wenn der Beamte bei der amtsärztlichen Untersuchung aus Anlass seiner Lebenszeiternennung die Schwere einer Störung seiner psychischen Gesundheit und den Umfang einer zuvor durchgeführten ambulanten psychotherapeutischen Behandlung verharmlost, indem er darüber bewusst unvollständige Angaben macht.

**Verwaltungsgericht Neustadt an der Weinstrasse,
Beschluss vom 25. September 2015 - 1 L 657/15.NW**

Hartz IV

Meldetermin beim Jobcenter ist Pflicht

Die Ausübung eines Ehrenamtes entbindet Hartz-IV-BezieherInnen nicht von der Wahrnehmung eines Meldetermins beim Jobcenter.

Der Fall: Die Bezieherin von Hartz-IV-Leistungen war vom Jobcenter schriftlich aufgefordert worden, zu einem persönlichen Gespräch zu erscheinen, damit man mit ihr ihre berufliche Situation besprechen könne. Zu diesem Termin ist die Frau unentschuldig nicht erschienen mit der Begründung, dass sie ehrenamtlich tätig sei und die Einladung deshalb übersehen habe. Diese Entschuldigung akzeptierte das Jobcenter nicht und senkte die Regelleistung der Frau für die Dauer von drei Monaten um 10 Prozent. Der dagegen gerichtete Antrag bei Gericht hatte keinen Erfolg.

Das Sozialgericht: Dass die Antragstellerin den Termin aufgrund ihres Ehrenamtes verpasst hat, ist kein wichtiger Grund im Sinne des Gesetzes. Danach scheidet eine Sanktion aus, wenn der Leistungsempfänger einen wichtigen Grund für sein Verhalten nachweist. Die Frau ist durch ihr Ehrenamt nämlich nicht zwangsläufig durch äußere, unabwendbare oder schwerwiegende Umstände gehindert gewesen, sich am vorgesehenen Tag beim Jobcenter zu melden. Es ist zwar begrüßenswert, dass die Frau sich ehrenamtlich engagiert. Dieses Amt übt sie jedoch freiwillig aus. Dagegen ist sie als Bezieherin von Leistungen verpflichtet, jederzeit an der Beseitigung ihrer Hilfebedürftigkeit mitzuwirken und sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen. Hierzu gehören gerade auch „vorbereitende Maßnahmen“ wie Termine beim Jobcenter, um die aktuelle berufliche Situation zu besprechen.

**Sozialgericht Stuttgart,
Beschluss vom 1. April 2015 - S 2 AS 790/15**

Gesetzliche Unfallversicherung

Necken ist nicht versichert

Verletzt sich ein Erwachsener aufgrund von Neckereien, ist dies nicht als Arbeitsunfall anzuerkennen und von der gesetzlichen Unfallversicherung zu entschädigen. Es fehlt insoweit an dem sachlichen Zusammenhang zwischen Unfall und versicherter Tätigkeit.

Der Fall: Der 27-jährige Mann befand sich im Rahmen einer beruflichen Umschulungsmaßnahme im ersten Obergeschoss eines Unterrichtsgebäudes. Während der Unterrichtszeit versuchte eine der sechs Mitschülerinnen, ihn mit einem Gummispritztier nass zu spritzen. Der Mann stand direkt am Fenster und versuchte sich dem Wasserstrahl zu entziehen, indem er über die Fensterbrüstung sprang. Er stürzte und verletzte sich dabei an Fuß und Wirbelsäule. Die Berufsgenossenschaft lehnte eine Anerkennung als Arbeitsunfall ab. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Ein Arbeitsunfall liegt nur vor, wenn die Verrichtung des Versicherten zur Zeit des Unfalls der versicherten Tätigkeit zuzurechnen ist. Persönliche Tätigkeiten wie Neckereien und Spielereien, sind hingegen in der Regel nicht gesetzlich unfallversichert. Anders ist dies lediglich bei Schülern und pubertierenden Jugendlichen. Insoweit sind die Gefahren zu berücksichtigen, die sich aus dem typischen Gruppenverhalten der Schüler ergeben. Der zum Unfallzeitpunkt 27-jährige Umschüler ist jedoch nicht anders zu beurteilen als ein 27-jähriger Beschäftigter in einem Großraumbüro. Zudem ist keineswegs von einem Sturz, sondern vielmehr von einem gezielten Sprung aus dem Fenster auszugehen.

**Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 24. März 2015 - L 3 U 47/13**